

Unterstützung in Notlagen

Unterstützung für Menschen in finanzieller Not

Der Rhein-Sieg-Kreis erhält 680.000 Euro aus dem Stärkungspakt NRW. Die Hilfsangebote stellt er auf drei Säulen

„Stärkungspakt NRW“ soll Armut bekämpfen – 3,35 Millionen Euro gehen ins Kreisgebiet

VON PETER FREITAG

Rhein-Sieg-Kreis. Lebensmittel, Energie, Mieten. Kaum ein Aspekt des täglichen Lebens, in dem die Preise in den vergangenen Monaten nicht gestiegen sind – zum Teil sogar drastisch. Die anhaltend hohe Inflation macht einem Großteil der Verbraucher zu schaffen, für Menschen mit geringem Einkommen allerdings ist diese Entwicklung in vielen Fällen sogar existenzbedrohend. Das Land hat deshalb mit dem „Stärkungspakt NRW“ ein Unterstützungsprogramm aufgelegt, das helfen soll, Armut zu bekämpfen.

Von insgesamt 150 Millionen Euro, die das Land dafür bereitstellt, fließen rund 3,35 Millionen Euro in den Rhein-Sieg-Kreis und seine 19 Städte und Gemeinden. Darüber, wie die rund 680 000 Euro verwendet werden, die allein der Kreisverwaltung zur Verfügung stehen, hat sich der Kreis mit den Wohlfahrtsverbänden in der Region und der Energieagentur verständigt, wie Landrat Sebastian Schuster und Kreissozialamtsleiter Andreas Grünhage jetzt erläuterten.

Gutscheine für schnelle Hilfe

Zunächst 60 000 Euro gehen demnach vor allem in Form von Lebensmittelgutscheinen für den Discounter Aldi in die sogenannte Einzelfallhilfe für Einzelpersonen und Familien in Notlagen. Die Höhe der Unterstützung, die nach Angaben Grünhages „möglichst unbürokratisch“ gewährt werden soll, richtet sich nach der Zahl der Familienmitglieder, der konkreten Notlage und der Höhe des Einkommens beziehungsweise der bezogenen Sozialleistungen. Gefördert werden können aber beispielsweise auch der Kauf einer Brille, energieeffizienter Haushaltsgeräte oder dringend notwendige Reparaturen. Anträge auf Einzelfallhilfe können beiden Wohlfahrtsverbänden gestellt werden (siehe Infokasten).

Zweite Säule der Hilfe ist der Ausbau der Sozialberatung bei

den Wohlfahrtsverbänden. Ihnen stehen dafür zunächst 80 000 Euro zur Verfügung, um ihre Beratungskapazitäten aufzustocken. Das ist offenbar dringend nötig: „Bei uns hat sich der Beratungsbedarf in den vergangenen Monaten verdreifacht“, schildert Barbara König, Kreisgeschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt (Awo) Bonn/Rhein-Sieg. Von immerhin einer Verdoppelung der Zahl der Beratung von Menschen in existen-

ziellen Notlagen berichtet Monika Bähr, Vorstandsvorsitzende des Sozialdienstes katholischer Frauen.

Dritte Säule ist der Ausbau der Energieberatung durch die Energieagentur Rhein-Sieg. Sie berät seit 2018 vor allem Eigenheimbesitzer bei Fragen rund um das Thema Energieeffizienz. „Inzwischen wird unsere Beratung aber auch immer öfter von Mieterinnen und Mietern in Anspruch genommen, die die steigenden Energiekosten nicht mehr stemmen können“, schildert Geschäftsführer Thorsten Schmidt. Die Energieagentur plant den Ausbau von Informationsveranstaltungen für diese Zielgruppe. In Vorbereitung ist aber auch eine sogenannte „LED-Tauschaktion“, bei der konventionelle Leuchtmittel gegen Energiesparlampen ausgetauscht werden. Kreis und Wohlfahrtsverbände hoffen, mit den jetzt zugeteilten Mitteln möglichst viele Bedürftige erreichen zu können. Sie sehen den Stärkungspakt allerdings auch kritisch. „Lieber wäre uns bei diesem Thema eine planvolle Herangehensweise“, sagt Kreissozialamtsleiter Grünhage. „Mit dauerhaften Mitteln für die Kommunen wäre uns viel mehr geholfen.“ Das sieht auch Awo-Geschäftsführerin König so: „Der Stärkungspakt endet am 31. Dezember 2023, die Probleme der Menschen bleiben aber auch nach Silvester.“

Weitere Informationen zu den Einzelfallhilfen, die der Rhein-Sieg-Kreis gewährt, gibt es auf dessen Internetseite.

www.rhein-sieg-kreis.de/staerkungspakt-nrw

HILFE BEI WOHLFAHRTSVERBÄNDEN

Anträge auf Einzelfallhilfen aus Mitteln des Stärkungspakts NRW können bei den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände gestellt werden.

Welcher Wohlfahrtsverband zuständig ist, hängt vom Wohnort der Antragstellenden ab. Die Arbeiterwohlfahrt (Awo) bearbeitet Anträge von Menschen aus Hennef und Siegburg. Die Caritas ist in Windeck, Eitorf, Ruppichterath und Sankt Augustin für die Einzelfallhilfen zuständig. Antragstellende aus Bad Honnef, Königswinter, Troisdorf, Much, Neunkirchen-Seelscheid und Meckenheim wenden sich an den Sozialdienst katholischer Frauen (SkF). Ansprechpartner für Bedürftige in Alfter, Bornheim, Lohmar, Niederkassel, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg ist der Sozialdienst katholischer Männer (SkM) (pf)



Andreas Grünhage, Sebastian Schuster, Monika Bähr, Barbara König, Jutta Oehmen und Thorsten Schmidt (v.l.).

FOTO: INES BRESLER

VON INES BRESLER

RHEIN-SIEG-KREIS. | Angst vor Überschuldung, Energiesperren oder gar dem Verlust der Wohnung: Die Preissteigerungen der vergangenen Monate bereiten vor allem Menschen mit geringem Einkommen Probleme. Um sie zu unterstützen, stellt das Land mit dem „Stärkungspakt NRW“ insgesamt 150 Millionen Euro zur Verfügung. Davon fließen rund 3,35 Millionen Euro in den Rhein-Sieg-Kreis und seine 19 Kommunen. Die Kreisverwaltung erhält rund 680.000 Euro. Wie sie verteilt werden, stellte Landrat Sebastian Schuster am Mittwoch gemeinsam mit Vertreterinnen der Wohlfahrtsverbände, Kreis-So-

zialamtsleiter Andreas Grünhage und dem Geschäftsführer der Energieagentur Rhein-Sieg, Thorsten Schmidt, vor. Um die Mittel möglichst effektiv zu verteilen und Doppelförderungen zu vermeiden, hat das Kreissozialamt mit seinen Partnern ein „Drei-Säulen-Modell“ aufgestellt.

Eine Säule ist die soziale Infrastruktur: Wohlfahrtsverbände erhalten Mittel, um ihren Betrieb weiter aufrechtzuerhalten. Denn auch sie müssen gestiegene Kosten für Miete und Energie abfangen. Notwendige Sachausgaben werden außerdem gefördert, ebenso wie Personal. „Wir sind froh, dass wir mit den Mitteln Stellen aufstocken können. Diese Zeit brauchen die Mitarbeiter dringend für die Beratung“, sagt Jutta Oehmen, Vorstandin des Sozialdienstes Katholischer Frauen Bonn und Rhein-Sieg. „Die Zahl der Hilfesuchenden in den Sozialberatungen hat sich verdreifacht“, so AWO-Kreisgeschäftsführerin Barbara König.

Eine weitere Säule nennen die Initiatoren den „Beitrag zu einer energieeffizienten Zukunft“. Dabei unterstützt der Kreis die Arbeit der Energieagentur Rhein-Sieg. Sie wird ihre Angebote in der Beratung für einkommensschwache Mieter erweitern. „Schon 2021 haben wir eine verstärkte Nachfrage von Mietern verzeichnet, die ist im Jahr 2022 noch einmal deutlich gestiegen“, so Geschäftsführer Thorsten Schmidt.

Die dritte Säule umfasst die Einzelfallhilfen für Menschen vor Ort. Der Anspruch auf Unterstützung hängt vom Einkommen ab. Die Obergrenze für einen Dreipersonenhaushalt liegt bei 3500 Euro netto im Monat. Noch bis Ende des Jahres können Bürger je nach Wohnort einen Antrag auf Einzelfallhilfe bei den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände stellen. „Wir haben als Wohlfahrtsverbände geguckt: Wo sind wir schon mit Angeboten vor Ort?“, sagte Monika Bähr, Vorstandsvorsitzende des SKM – Katholischer Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis. So können die Verbände die Hilfen so niedrigschwellig wie möglich anbieten.

Kritik übten die Anwesenden an der Art und Weise, wie die Mittel bereitgestellt

werden. Ebenen in Land und Bund fehlt es an Nachhaltigkeit. „Die Beispiele der Kommunen Ruppichterath und Alfter machten deutlich: Die Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben, werden von Land und Bund aber nicht mit entsprechenden Mitteln ausgestattet. Die Grundsteuer zu erhöhen, sei häufig ihre einzige Möglichkeit. So zahlen die Bürger schließlich die Mehrkosten.“

Anträge auf Einzelfallhilfen können bei den Wohlfahrtsverbänden gestellt werden: In Hennef und Siegburg: AWO. In Windeck, Eitorf, Ruppichterath und Sankt Augustin: Caritas. In Bad Honnef, Königswinter, Troisdorf, Much, Neunkirchen-Seelscheid und Meckenheim: Sozialdienst katholischer Frauen (SkF). In Alfter, Bornheim, Lohmar, Niederkassel, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg: Sozialdienst katholischer Männer (SkM). Mehr Informationen dazu gibt es auf www.rhein-sieg-kreis.de/Staerkungspakt-nrw



Für viele Menschen ist die Steigerung der Lebensmittelkosten existenzbedrohend – die Schlangen bei den Tafeln werden länger. Foto: dpa